

Über den Gründungskongreß von "Déi Grëng":

Mißtöne beim Allegro Prestissimo

Was könnte man sich vom Gründungskongreß einer Partei, die sich "Déi Grëng" nennen wird, erwarten? Eine offene Debatte über Bedeutung und Ausrichtung von Grundsatzklärung und Statuten, bei der gewiß nicht jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer das Wort ergreifen könnte, bei der aber alle wichtigen Punkte kontradiktorisch durchargumentiert würden. Dadurch würden die schließlich angenommenen Textpassagen für alle Teilnehmer nachvollziehbar, auch die, zu denen sie eine abweichende Meinung hätten. Eine solche Debatte wäre wünschenswert gewesen, sie wäre auch möglich gewesen. Doch auf einem Kongreß, der an einem Samstagnachmittag begann und am selben Abend zu Ende sein sollte, war sie leider nicht möglich.

Es ist wahr, daß im Vorfeld des Kongresses eine paritätisch von GAP, GLEI, und Unabhängigen besetzte "AG Statuten" die Diskussionen abgeklärt, Änderungsanträge verarbeitet, und Kompromisse ausgehandelt hatte. Der Erfolg dieser Arbeitsgruppe stand als doppeltes Symbol: Zum einen für die Bereitschaft, die langjährige Konkurrenz zwischen den beiden grünen Parteien zu überwinden, zum anderen für den Willen, die sogenannten Unabhängigen (also Militanten, die sich nicht für eine der zwei Parteien entscheiden wollten) von Anfang an in den Prozeß der Neugründung einzubinden.

Nach dieser Vorbereitungsphase (die auch zwei Informationsversammlungen beinhaltete) waren mehrere uneinheitliche Positionen innerhalb der AG sowie ein paar nicht zurückbehaltene Vorschläge übriggeblieben, und man konnte mit ein paar "Änderungsanträgen der letzten Minute" rechnen. Dann aber trafen rund 60 Änderungsanträge ein, unterstützt von einer Gruppe von GLEI-Militanten um Jup Weber und Ed Sinner. Daß letzterer als Mitglied der AG Statuten persönlich am Kompromißdokument mitgearbeitet hatte, um es nun wieder in Frage zu stellen, erklärt die Verärgerung vieler Kongreßteilnehmer gegen diese Gruppe, obwohl ihre Anträge durchaus auch unpolemische und nützliche Vorschläge enthielten.

Basisdemokratie, Ade?

"Die 'Basisdemokratie' genannte, komplizierte Suche nach einer anderen Politikform wurde zugunsten von Professionalisierung und Effizienz aufgegeben", schrieb Romain Hilgert am Vortag des Kongresses im "Land". So als wolle man diesen Tadel bestätigen,

hatte man angesichts der Flut von Änderungsanträgen eine drastische Beschränkung der Redebeiträge auf insgesamt 30 Wortmeldungen à 3 Minuten vorgesehen. Sollten sich mehr Redner melden als vorgesehen, so war geplant, das Los entscheiden zu lassen. Daß so ein Fall mangels Redewilliger nicht eintrat, negiert nicht diesen Schlag ins Gesicht der alternativen politischen Kultur und Tradition, der wohl kurzfristigem und gefährlichem Effizienzdenken entsprungen war. Eher schon zeigt es, daß der begrenzte Pool an gestaltungswilligen grünen Militantinnen und Militanten ein ernstzunehmendes Problem darstellt.

Der Kongreß begann mit einem Paukenschlag, der in einem gewissen Sinne schon den ganzen weiteren Verlauf vorwegnahm: Jup Weber persönlich ging ans Rednerpult und prangerte die Geschäftsordnung an. Die, wie gesagt, sehr berechtigte Kritik funktionierte so als Frontalattacke gegen die AG Statuten und ihr Kompromißdokument. Der Applaus blieb dementsprechend auf eine Gruppe in der rechten Mitte des Saales beschränkt, und der Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung wurde abgeschmettert.

Leiner
in: Letzebuurger Land



Diätvorschriften für Abgeordnete

In einer recht delikaten Angelegenheit, der Angelegenheit des Geldes, kam es auf dem Kongreß zu einer recht delikativen Diskussion. Jang Geisbusch schlug vor, zwecks Vermeidung "persönlicher Bereicherung", solle jeder Abgeordnete 50% der nicht-steuerpflichtigen Entschädigung abgeben. Fränz Bausch rechnete hierauf dem Kongreß vor, bei einer von ihm befürworteten Abgabe von nur 33% verdiene er unter dem Strich noch ganze 182.000 Franken brutto. Er fügte hinzu, dies sei wohl weniger als so mancher Kongreßteilnehmer, worauf sein Vorschlag auch angenommen wurde. In seiner Nummer 59 verhöhnnte daraufhin "Den Neie Feierkrop" in seiner üblichen knaschtbesmotzerlichen Art die Grünen als "die Partei der besserverdienenden Indianer".

Wozu ist Geld da? Insofern es einem über ein Abgeordnetenmandat zufließt, sollte es an erster Stelle dazu dienen, dem Abgeordneten und Kollegen ein möglichst flüssiges Arbeiten zu ermöglichen. Daneben sollte es der Partei eine zur Zeit fehlende Parteienfinanzierung ersetzen. Bei der Suche nach einer angemessenen Diätvorschrift müssen viele Faktoren berücksichtigt werden.

Es kann nicht darum gehen, Abgeordnete heranzuzüchten, die als lebendes Beispiel

für Konsumverzicht und Altruismus unter uns wandeln. Eine politische Partei setzt auf die Veränderung von Strukturen als Motor der Veränderung individueller Verhaltensweisen. Alles was man verlangen kann, ist, daß das Verhalten eines Abgeordneten grünen Zielen nicht in flagranter Weise widerspricht, daß er also keinen Porsche fährt oder Politik betreibt, um sich persönlich zu bereichern.

Geld schändet nicht?

Seriöse Abgeordnete sind Schwerstarbeiter und haben mindestens eine 60-Stundenwoche. Für dieses Engagement, und die Ausgaben, die sich daraus ergeben, sollten sie ein ausreichendes Einkommen haben. Niemand möchte eine Regelung, die einen Gewählten auf sein Mandat verzichten läßt, weil er wegen der Abgaben an die Partei in finanzielle Nöte käme, wenn er z.B. ein Haus abzubezahlen hat. Es wäre aber auch nicht wünschenswert, daß ein Abgeordneter, der auf einmal viel mehr verdient, sich auf dieses Einkommen einstellt, und das Mandat zum materiellen Selbstzweck für ihn wird.

Die auf dem Kongreß beschlossene Regelung hat die Vorteile, daß sie die Abgaben für die Partei berechenbar macht, und den Abgeordneten ein bequemes Mindestein-

kommen beschert. Sie ist aber recht großzügig angelegt, und wirkt sich auch verschieden aus für Freiberufler, Staatsbeamte und in der Privatwirtschaft Beschäftigte. Neben einer grundsätzlichen Anhebung der Abgabe könnte man darüber nachdenken insbesondere jenen Abgeordneten, deren Einkommen am meisten ansteigt, einen höheren Anteil abzuverlangen.

Allerdings hat der Kongreß in dem Vorschlag von Fränz Bausch neben der großzügigeren Abgabenvariante auch eine Klausel angenommen, die besagt: "Die Fraktion hat, nach Rücksprache mit der Kontrollkommission, das alleinige Initiativ- und Vorschlagsrecht zur Änderung von § 59 (Abgaben der Abgeordneten) dieser Statuten." De facto entscheiden also in Zukunft allein die Abgeordneten über die Höhe ihrer Abgaben, eine unglaubliche Regelung, die durch ihren Sonderrechtscharakter förmlich nach einer Korrektur schreit.

Unabhängig von alledem wäre es sehr wünschenswert, eine Verpflichtung zur Offenlegung der persönlichen Vermögensverhältnisse einzuführen. Eine demokratische Kontrolle ist letztenendes noch immer die beste Garantie gegen die Verselbständigung von materiellen Interessen.

Selbstisolierung

Im weiteren Verlauf des Kongresses steigerte sich diese Gruppe, die keineswegs die gesamte GLEI umfaßte, immer weiter in eine Art Selbstisolierung. Bei den Abstimmungen war sie die einzige, die ein Blockverhalten zeigte, während das Abstimmverhalten der anderen Teilnehmer breit gestreut war. Ihr fehlendes taktisches Geschick und die verbalen Ausfälle ihrer Redner vermittelten am Ende das Gefühl, sie seien auf einem fremden Kongreß, so als Ed Sinner von einer "Diktatur der Parteibonzen" redete, und klagte, "... es geht darum, mich unglaubwürdig zu machen."

Zielscheibe Nummer 1 ihrer Änderungsanträge war das Frauenstatut (das eine Frauenquote für Gremien und Wahllisten sowie einen Frauenrat mit weitgehenden Einflußmöglichkeiten vorsieht). Man wollte es kurzerhand abschaffen und durch eine klassische Frauenorganisation ersetzen: Gleiche Rechte hätten für alle Parteimitgliederinnen und Parteimitglieder zu gelten und man beschwor die Gefahr einer "Frauendominanz" herauf. Natürlich zeugen solche Argumente von politischer Unbedartheit (siehe Kästchen über Quoten) aber auch von schlechtem Willen, da das vorliegende Frauenstatut bereits ein Kompromiß war.

Himmel oder Hölle - das Frauenstatut

Statt der unsinnigen Alles-oder-Nichts-Attacken gegen das Frauenstatut (wie die provozierende Aufforderung, eine feministische Partei zu gründen) hätte man sich eine nuancierte Debatte über Sinn und Notwendigkeit verschiedener Sonderrechte wünschen können. Die weitgehende Losgelöstheit der Frauen-AGs von der Hauptorganisation z.B. könnte sich als Boomerang erweisen, wenn Frauenfragen nur noch dort diskutiert werden und vom Rest der Partei eher mitgeschleppt als mitgetragen werden. Allerdings ist fraglich, ob nicht jeder gegenüber dem vorgeschlagenen Frauenstatut kritische Redebeiträge als frauenfeindlich empfunden worden wäre.

Bei vielen Punkten des Frauenstatuts ist die symbolische Bedeutung mindestens so hoch einzustufen wie die praktische. Insbesondere die Ausfüllung der Frauenquote dürfte eine große Herausforderung sein. Die auffällige Tatsache, daß sämtliche Redebeiträge von Frauen ausschließlich das Frauenstatut behandelten, ist ein schlechtes Omen für die innerorganisatorische paritätische Beteiligung von Frauen (zu der die Statuten verpflichten). Auch in der AG Statuten war keine Frau präsent, dagegen arbeitete eine Gruppe von Frauen intensiv am Frauenstatut. Statt einer Fokussierung auf Frauenfragen ist zu hoffen, daß Frauen durch ihre persönliche Präsenz in allen Gremien ihre feministischen und nichtfeministi-

sehen individuellen Standpunkte einbringen werden. Die auf dem Kongreß festgeschriebene Frauenquote, die in ihrer radikalen Form ein sehr positives Symbol ist, würde im Gegenteil eine höchst negative Symbolwirkung haben, wenn sie in den nächsten Jahren nicht mit Leben gefüllt würde in Ermangelung der Bereitschaft von Frauen, sich auf allen Ebenen der Partei zu engagieren.

Welche Art von Partei?

Die zweite Kritik der Gruppe um Jup Weber richtete sich gegen die Bestimmungen über Exekutive und Fraktion. Einerseits bezeichnete man die deutschen Grünen als Apparatschiks, verlangte eine kleinere Exekutive und warnte vor einer aufgeblähten Parteibürokratie und den Privilegien der Nomenklatura, andererseits plädierte man für die vollkommene Gewissensfreiheit der Abgeordneten und für einen unbegrenzten Kumul von Abgeordnetenmandat und Mitgliedschaft in der Exekutive, also höchste innerparteiliche Machtkonzentration. Sic: "Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier vertreten das Image der Partei in der Öffentlichkeit. Sie sind sehr gut mit den laufenden politischen Ereignissen in Parlament und Regierung vertraut. Warum soll die Partei nicht voll von ihren Erfahrungen und Meinungen profitieren können?"

Georges Ney verwehrt sich gegen ein solches Modell einer "Rumpfpartei", und die beiden Abgeordneten Fränz Bausch und Muck Huss meinten, innerhalb der Grenzen von Grundsatzklärung und Wahlprogramm habe der Abgeordnete bei seinen Entscheidungen noch genügend Gewissensfreiheit. Bemerkenswert war die Zurückhaltung aller Redner zu den Themen Rotations- und Kumulregelung, zwei einst als wichtig angesehenen Instrumenten alternativer Strukturen. Vielleicht wollte man sich Peinlichkeiten ersparen in bezug auf das Doppelmandat von Camille Gira, obwohl der kumulierte Einfluß eines Majorzbürgermeisters und Abgeordneten auch für Kumulgegner noch akzeptabel sein könnte. Vielleicht stimmt es ja auch, daß man nicht über genügend politisches Personal verfügt, um strenge Regelungen anwenden zu können. Dann aber wäre zu hoffen, daß jedesmal, wenn es möglich ist, die Verantwortungsträger zu diversifizieren, dies auch in den Abstimmungen getan wird, als eine Art politischer Kumulbegrenzung.

Pimperatives Mandat

Auch das imperativen Mandat der Fundi-zeit scheint beim Marsch durch die Institutionen auf der Strecke geblieben zu sein. Man ist zum pimperativen (programm-imperativen) Mandat übergegangen, bei dem sich der Abgeordnete nicht an Parteibeschlüsse allgemein, sondern nur noch an das Programm zu halten hat (und dies auch nur bei den Abstimmungen). Dieser Gummiparagraph zusammen mit dem Verzicht auf eine Rotations- und Kumulregelung bedeutet wohl das Ende des Ideals vom "Abgeordneten der anderen Art".

Eine punktuelle Kritik am Entwurf der AG Statuten kam von Jang Geisbusch, der sich für die Abschaffung des Exekutivrates einsetzte: Die Existenz dieses Zwischengremiums könne die Landesversammlung als letzte demokratische Entscheidungsinstanz abwerten und auf eine Alibifunktion reduzieren. Richard Graf erläuterte, der Exekutivrat sei gedacht als Verkörperung eines Gegengewichts der Basis gegen Fraktion und Exekutive, aber auch als Arbitrageinstanz zwischen diesen beiden. Solche Mechanismen der Konsultation einer Gruppe von Leuten um Exekutive und Fraktion gebe es auch jetzt schon, aber das funktioniere zur Zeit informell und solle hiermit institutionalisiert werden. Die grundsätzlichen Änderungsanträge zu Exekutive und Fraktion wurden dann erwartungsgemäß auch abgelehnt.

Stimmungsbild

Das nervtötende prozedurtechnische Geplänkel, das auf die Atmosphäre drückende Verhalten der Gruppe um Jup Weber, der kurze Hahnenkampf zwischen Jang Geisbusch und Fränz Bausch, das alles konnte die Stimmung auf dem Kongreß nicht vermiesen. Keine Jubelstimmung, aber Interesse und Engagiertheit, was auch die Zahl von 85 Teilnehmer belegt, die bis zum Ende ausharhten. Denn besonders fesselnd waren die Debatten nicht, und der anschließende Abstimmungsmarathon war es noch weniger.

Persönlich hatte ich den Eindruck, daß die Militantinnen und Militanten gewissermaßen unterfordert waren. Ihre Bereitschaft, sich mit dem Statutenentwurf und den Änderungsvorschlägen auseinanderzu-



setzen war groß, und wurde nur streckenweise von entsprechend argumentativen Redebeiträgen gestützt. Einerseits hätte bei einer zeitlich weiter gefaßten Debatte so mancher kleine Änderungsvorschlag eine bessere Chance gehabt, andererseits bewegten sich auch viele der (auf clippgerechte drei Minuten beschränkten) Redebeiträge auf einem recht oberflächlichen Niveau.

Ausblick

Als Ergebnis steht eine neugegründete grüne Partei da, die sich im Großen und Ganzen ordentliche Statuten gegeben hat. Auch die Verschmelzung von GAP, GLEI und Unabhängigen scheint zu gelingen, wobei die Tatsache, daß ein Teil der einstigen GLEI sich nicht der Gruppe um Jup Weber und Ed Sinner anschloß darauf hindeutet, daß die oft heraufbeschworenen, grundsätzlichen ideologischen Differenzen vielleicht so grundsätzlich gar nicht sind. Auch Jup Weber selber will trotz seiner Ablehnung des Statutentextes in die neue Partei eintreten und für

das Amt des Parteisprechers kandidieren. Allerdings ist diese Kandidatur - taktisches Manöver oder Akt des guten Willens - von vorneherein chancenlos, weil laut Statutentext Abgeordnete nicht Sprecherin oder Sprecher der Partei sein können (§ 29). Neben der noch ausstehenden Aufteilung der finanziellen Erblasten könnte diese Kandidatur zum Reizthema der ersten Landesversammlung, die am 18. Februar stattfindet, werden.

Der Gründungskongreß von "Déi Gréng" fand unter schwierigen Bedingungen statt. Das Thema Statuten war eine schwerverdauliche Materie, die Änderungsanträge waren zu zahlreich und die vorgesehene Dauer zu kurz, die Debatten waren zu einseitig polarisiert. Wer eine offene und demokratische Diskussion als die Basis der Arbeit einer grünen Partei ansieht, muß aus dem teilweise unbefriedigenden Verlauf Schlußfolgerungen ziehen für die Organisation, den Inhalt und die Form künftiger "Landesversammlungen".